



KAPER BRIEF

RHEINLAND-PFALZ



Die verdammte Pflicht der Politik

Anschlagspläne Angriff auf die Bürgerrechte

Kürzlich wagten Politiker der Union einen erneuten Vorstoß zum Thema Vorratsdatenspeicherung. Neben dem allgegenwärtigen Schreckensszenario des Islamischen Terrorismus wird auch der Missbrauch von Kindern als Anlass für diesen massiven Eingriff in Grund- und Bürgerrechte jedes Einzelnen angeführt.

Für die Rheinland-Pfälzer PIRATEN ist dies Grund genug, die Pflichten der Politik genauer zu beleuchten. Wir stellen mit Befremden fest, dass nach wie vor Terrorängste geschürt werden, um einen Vorwand für eklatante Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger zu schaffen. So wurde im Januar, von der Bevölkerung fast unbemerkt, das Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz (POG) in Rheinland-Pfalz geändert, das die Online-Durchsuchung erlaubt und erweiterte Befugnisse zur Telekommunikationsüberwachung ermöglicht.

Das unscharfe Feindbild „internationaler Terrorismus“ ist mittlerweile schon allein durch die ständig wiederholte, monotone Warnung selbstbegründend, auch wenn man der Bevölkerung konkrete Beweise schuldig bleibt. Gleichzeitig wird Kritikern der Vorratsdatenspeicherung

„gezieltes Schüren von Panik und Ängsten“ vor einem allzu neugierigen Staat vorgeworfen. Dieser Vorwurf ist haltlos, aber beschreibt treffend die gängige christdemokratische Sicherheitspolitik. Und für die, die durch gebetsmühlenartig wiederholte Terrorwarnungen bereits abgestumpft sind, wird der Missbrauch von Kindern als Begründung für eine Vorratsdatenspeicherung ins Feld geführt – das altbekannte Totschlagargument, denn wer könnte etwas gegen diesen Kampf haben? Die Piraten gewiss nicht – ganz im Gegenteil. Sie fordern eine bessere Ausstattung der Polizei, um dem Kin-

Soziale Sicherheit statt Terrorhysterie und Sicherheitstheater

desmissbrauch wirksam zu begegnen – aber sie fordern auch, die Ursachen zu bekämpfen, und diese liegen weder im Internet noch in dem Gebrauch moderner Telekommunikationsmittel, sondern im privaten Bereich. Und an den wagen sich gerade konservative Teile der Bevölkerung nicht so gerne, rüttelt er doch an deren konventionellen Familienbild.

Ähnlich sieht es mit dem Kampf gegen den radikalen Islamismus aus. Die Piratenpartei hält allerdings auch hier nichts von Ergebniskosmetik und Symptombekämpfung, sondern setzt sich für eine konsequente Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ein.

Es gibt durchaus Bedrohungsszenarien – nationale, wie internationale. Symbolische Maßnahmen verhindern keine Gefahr und verängstigen und belästigen stattdessen die eigene Bevölkerung. Es gibt weder eine schlüssige Argumentation für schwerbewaffnete Polizei-

Ziel: Landtag!

Welchen Kurs steuern die Piraten 2011 an?

Seite 2

Wahlprogramm

Die Ziele der Piratenpartei Rheinland-Pfalz im Überblick

Seite 2-3

ELENA und Zensus 2011

Transparenter Staat statt gläserne Bürger!

Seite 4

Whistleblowing

Warum steht WikiLeaks unter Beschuss?

Seite 5

Demokratie in Gefahr

Gemeinsam gegen das POG und zum Hambacher Fest 2.0

Seite 6

Basisdemokratie 2.0

LiquidFeedback: Repräsentative oder direkte Demokratie? Weder noch, sondern interaktive Demokratie!

Seite 7

Lern uns kennen

Finde heraus, wo wir die Piraten sich treffen und komm uns besuchen!

Seite 8

Piratenzeitung für Rheinland-Pfalz
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org

kräfte auf Deutschlands Bahnhöfen, noch für Nacktscanner auf Flughäfen. In diese unvollständige Reihe politischer Unvernunft soll sich nun die Vorratsdatenspeicherung einfügen. Dies muss nicht nur verhindert werden; es bedarf endlich einer Neujustierung der Sicherheitspolitik und eine Rückbesinnung auf Vernunft und den Erhalt der Grundrechte.

Die Politik ist hier in der Pflicht: Es gilt nämlich, besonnen zu agieren und die Bürger dieses Landes zu schützen – auch vor der Beschneidung ihrer Grundrechte. Datenschutz und Privatsphäre dürfen einer gefühlten Sicherheit nicht geopfert werden. Symbolpolitik und Terrorhysterie schaden dem Wohl der Gesellschaft und bieten keinerlei Schutz vor einem tatsächlichen terroristischen Anschlag.



Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Als die Piratenpartei 2009 zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl antrat, erreichte sie aus dem Stand in Rheinland-Pfalz 1,9 %. Seit dem hat sich viel getan. Es wurde eine Enquête-Kommission zur Netzpolitik eingerichtet, das Zugängerschwerungsgesetz wurde ausgesetzt. Auch wegen des Erfolgs der Piratenpartei! Die Altparteien bekamen Angst und versuchten, die Piratenpartei zu einer Randerscheinung der Netzkultur zu marginalisieren.

Neben den klassischen Kernthemen demokratische Teilhabe und Transparenz, Urheberrecht, Innere Sicherheit, Datenschutz und Bildung, haben die PIRATEN ein Grundsatzprogramm zu Sozialthemen und Umwelt, das wahrscheinlich progressivste Programm zu Geschlechter- und Familienpolitik und im Zeitalter von Wikileaks eine positive Aussage zu Whistleblowing. Mit unserem Wahlprogramm geben wir Impulse für Wirtschafts- und Sozialpolitik und Bildung. Gutes Rüstzeug, um für Rheinland-Pfalz eine faire, transparente und gerechte Politik zu gestalten und innovatives Denken in verkrustete Strukturen zu bringen.

Mit unseren jungen, motivierten Kandidaten hebt sich die Piratenpartei vom Einheitsbrei der Altparteien ab und ist ein Gewinn für die rheinland-pfälzische Parteienlandschaft.

Am 27.03.2011 Piraten wählen!

Herzlichst, Ihr Heiko Müller
Vorstandsvorsitzender Piratenpartei Rheinland-Pfalz

Wahl 2011 – Ziele

Kurzfassung des Landtagswahlprogramms

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit – und natürlich auch bei uns in Rheinland-Pfalz.

Die Piratenpartei strebt ein starkes und allgemein verständliches Datenschutzrecht an. **Die Selbstbestimmung über eigene Daten** muss gewährleistet sein - auch in sozialen Netzwerken. Ohne ausdrückliche Zustimmung dürfen keine Daten weitergegeben werden. Die Kontrolle des Datenschutzes in Behörden und Unternehmen wollen wir verbessern. Die Bürger müssen über Datenschutz aufgeklärt und Arbeitnehmer vor verdachtsloser Auswertung ihrer Daten geschützt werden.

Online-Durchsuchungen im neuen Polizeigesetz lehnen wir ab und die **Videoüberwachung** werden wir **eindämmen**. Auch Demonstrationen dürfen nicht überwacht werden, um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.

Die Piratenpartei tritt ein für den **kostenfreien, transparenten Zugang zu allen staatlichen Daten** und zu den Nebeneinkünften der Abgeordneten. Auch alle Drucksachen von Land und Kommunen wollen wir im Internet zugänglich machen. Wir sehen dies als Voraussetzung für politische Mitbestimmung und die Kontrolle des Lobbyismus. Inhaftierung im Internet lehnen wir ab. Informationsfreiheit ist Bürgerrecht – daran hat sich die Verwaltung auszurichten. Großprojekte wie Nürburgring, Hochmoselübergang und die Renovierung des Schlosshotels müssen rechtzeitig und umfangreich offengelegt sein. Verwaltungen sollen **freie Software und offene Dateiformate** verwenden, statt sich an Monopolisten zu binden.

Die Piraten werden die **demokratische Mitbestimmung** jedes Einzelnen stärken und dabei die Möglichkeiten des Internets und direktdemokratische Elemente nutzen. Alle Informationen, die Bürger für politische Beteiligung benötigen, müssen frei zugänglich sein. Gesetze dürfen nicht länger im Hinterzimmer ausgearbeitet werden. Die Hürden für **Volksabstimmungen** wollen wir herabsetzen und öffentliche Petitionen auf Landesebene ermöglichen. Die Absenkung des Wahlalters soll auch Jugendlichen die demokratische Mitbestimmung erlauben. Ebenfalls sollen ausländische Mitbürger bei Kommunalwahlen mit abstimmen dürfen.

Wir wollen das **Kopieren und Weiterentwickeln von Werken** zu nicht-kommerziellen Zwecken legalisieren und technische Kopierschutzmaßnahmen verbieten. Das Urheberrecht muss einen fairen Ausgleich zwischen Künstlern und Nutzern schaffen. Patente auf Software, Geschäftsideen, Saatgut, Lebewesen und Gene lehnen wir konsequent ab.

Kurs auf den Landtag...

In anderen Parteien wird vom Vorstand oder einer Kommission ein Programm erstellt und von Delegierten beschlossen. Das ist einfach, geht schnell, ist aber nur eingeschränkt demokratisch. Das ist bei der Piratenpartei anders: Hier erstellen alle Mitglieder gemeinsam das Programm und stimmen es gemeinsam ab. Innerhalb kurzer Zeit entwickelten die Piraten mit Hilfe ihrer Kollaborationstools Wiki, Mumble und Piratenpad zahlreiche Programmanträge,



der Piratenpartei Rheinland-Pfalz



Breitband-Internetverbindungen sollen wie Strom, Straßen, Telefon und andere **Infrastruktur flächendeckend** verfügbar sein. Wir werden den Ausbau in unterversorgten Gebieten fördern.

Bildung muss für jeden Menschen lebenslang und kostenlos zur Verfügung stehen. Wir erhöhen die Ausgaben für Bildung und Forschung. Der **Zugang zu Bildung** soll unabhängig von sozialer Herkunft gewährleistet sein, daher lehnen wir auch Studiengebühren strikt ab. Die **Wahlfreiheit der Schulform** wird durch Förderung von Alternativen bei vergleichbaren Abschlüssen ermöglicht. Erlernen und Erleben von **Kritik- und Demokratiefähigkeit und Medienkompetenz** sind elementare Bildungsziele. Wir stehen für demokratische Mitbestimmung in Bildungsinstitutionen, Verringerung von Leistungsdruck und faire Bezahlung des Lehrpersonals.

Mit öffentlichen Geldern erstellte **Werke und Veröffentlichungen müssen** für jeden Menschen **kostenfrei und einfach zugänglich sein** (Open Access). Dazu gehört die konsequente Digitalisierung von Werken und deren dauerhafte Verfügbarkeit. Dies bezieht die Produktionen der öffentlich-rechtlichen Medien sowie Lehrmaterialien ein.

Die Sozialpolitik muss so gestaltet sein, dass die **Handlungsfreiheit und Würde** von finanzschwachen Bürgern sichergestellt ist. Dazu unterstützen wir die Idee eines **bedingungslosen Grundeinkommens** und wollen prüfen, ob und wie es umsetzbar und sozial wirksam ist.

Patientendaten sind wirksam zu schützen. Die elektronische Gesundheitskarte und die damit verbundene zentrale Datenspeicherung lehnen wir ab. Die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten im **Gesundheitswesen** müssen verbessert werden und die medizinische Versorgung sichergestellt sein. Statt Diskriminierung und Stigmatisierung fördern wir die **Aufklärung über Krankheiten**. Das Abrechnungssystem der kassenärztlichen Vereinigungen ist nachvollziehbar zu gestalten.

Allen Menschen soll die **Teilhabe am kulturellen Leben** ermöglicht werden. Das Erhebungsmodell der GEZ wollen wir datenschutzfreundlich gestalten. Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung muss dauerhaft abrufbar sein. Das aktuelle **Tanz- und Versammlungsverbot** an bestimmten Feiertagen wollen wir aufheben. Die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raums muss eingeschränkt werden.

Die Piratenpartei stellt sich ungerechtfertigten Bevormundungen und Einschränkungen der Bürger durch den Staat entgegen. Statt auf Verbote und Zensurmaßnahmen zu setzen, fördern wir **Aufklärung**. Wir treten

über die auf einer Mitgliederversammlung aller interessierten Mitglieder im Landesverband direkt abgestimmt werden kann. Die Themenpalette reicht dabei von den Kernthemen der Piraten, wie **Bildung, Demokratie und Bürgerrechte** über **Innere Sicherheit, Umwelt und Energie** bis zu **Infrastruktur**.

Besonders der freie Zugang zu Bildung ist den Piraten wichtig. Als Erstes wurden der Verzicht auf Studiengebühren für das Wahlprogramm

beschlossen. Aber auch sinnvolle Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose und die Begrenzung von Leiharbeit gehören für die Piraten zu einer sozialen Politik.

Im Bereich der Inneren Sicherheit fordern die Piraten eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten und den Rückbau der allgegenwärtigen Videoüberwachung. Die Piraten lehnen die geschürte Terrorhysterie entschieden ab.

Die Piraten setzen sich für die Absenkung des

für **Gleichberechtigung** unabhängig der sexuellen und geschlechtlichen Identität ein.

Wir stehen für eine soziale, nachhaltige und ökologische Wirtschaftspolitik. Infrastruktur soll in öffentlicher Hand verbleiben. Missbrauch von Leiharbeit und Praktika müssen verhindert werden.

Das Verbraucherinformationsgesetz soll gestärkt werden. **Informationen für Verbraucher** sollen einfach zugänglich sein. Wir werden Musterfeststellungsklagen durch Verbraucherverbände ermöglichen und die Zuständigkeit von Verbraucherzentralen auf Datenschutzthemen ausweiten. Eine **Kennzeichnung von kontrollierten Lebensmittelbetrieben** sowie gut vergleichbare und verständliche Lebensmittelkennzeichnungen sind Ziel der PIRATEN. Wir treten für ein faires Vertragsrecht ein, online abgeschlossene Verträge müssen z.B. auch online kündbar sein. Der Benutzer darf nicht durch Maßnahmen wie z.B. DRM und Branding eingeschränkt werden. Die Förderung von **offenen und freien Standards** statt Herstellerabhängigkeit ist unser Ziel.

Die PIRATEN setzen sich für eine verhältnismäßige Sicherheitspolitik ein. Staatsanwälte müssen unabhängig ermitteln können und dürfen nicht von der politischen Führung zur Einstellung von Verfahren angewiesen werden. Eine **unabhängige Kommission** soll die rechtsstaatliche Arbeit der Polizei sicherstellen. Eine Privatisierung von Polizeiaufgaben lehnen wir ab. An der **Unschuldsvermutung** muss festgehalten werden. Wir wollen das „Ausreisezentrum“ (LUFA) in Trier schließen und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern aufheben.

Wir setzen uns für den **Ausstieg aus der Atomkraftnutzung** ein und wollen die dezentrale Energiegewinnung sowie regenerative Energien fördern. Wir fordern Transparenz auch in der Energiepolitik und wollen einen fairen Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt gewährleisten.

Das **Steuersystem muss einfach und transparent** gestaltet sein. Die Staatsleistungen an Kirchen wollen wir beenden und u.a. die Zuwendungen des Landes in Höhe von 50 Millionen zusätzlich zur Kirchensteuer einstellen. Die Gelder wollen wir in anderen Bereichen, z.B. Bildung, einsetzen.

Wir laden alle Menschen, alle Generationen und alle gesellschaftlichen Gruppen im Land dazu ein, diese neue Politik mit unserer noch jungen Partei zu gestalten.

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!

Wahlalters auf 16 Jahre und für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger ein. Weitere Demokratiedefizite wollen die Piraten mit der Möglichkeit zu Mitbestimmung über Petitionen, Volksbegehren und -entscheiden sowie einer transparenteren Verwaltung für die Bürger beseitigen. Außerdem sollen Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen mit Open-Source-Produkten arbeiten, um einen freien Zugang zu den Informationen zu gewährleisten.

Transparenter Staat statt gläserne Bürger

ELENA Die zentrale Speicherung von Personaldaten läuft weiter – ihre Benutzbarkeit steht in den Sternen

ELENA, das ELEktronische EntgeltNAchweis-Verfahren ist nun seit einem Jahr für alle Arbeitgeber Pflicht. Das bedeutet, dass Monat für Monat Daten über alle Einzelheiten von Mitarbeitern – 40 Millionen Arbeitnehmer, auch Beamte, Richter und Soldaten – erhoben und elektronisch abgeliefert werden müssen. Der „Multifunktionale Verdienstdatensatz“ umfasst dabei nicht nur Details über die Beschäftigung und Entgelte, sondern auch sehr persönliche Informationen wie Gründe für Fehlzeiten (z.B. Pflegezeit und Mutterschutz), Abmahnungen und Kündigungen. Diese Angaben werden allein vom Arbeitgeber gemacht; Arbeitnehmer haben keine Möglichkeit zur Akteneinsicht und damit auch keine Möglichkeit zum Einspruch. Geplant war anfangs sogar, Teilnahmen an Streiks zu dokumentieren. Nach massiven Protesten von Gewerkschaften und Datenschützern wurde zumindest dieser Teil der zentralen „Arbeitnehmer-Verwaltung“ gestrichen.

Mit Hilfe des intransparenten Datensilos sollten eigentlich ab 2012 die Berechnungen von Elterngeld, Wohngeld und anderen Sozialleistungen erfolgen. Im Herbst 2010 wurde jedoch klar, dass die technischen Voraussetzungen in den Ämtern dafür gar nicht vorhanden sind. Die neue Planung sieht nun eine Nutzung der – trotzdem munter weiter gespeicherten – Daten ab 2014 vor. Übrigens wird dann nicht nur die Agentur für Arbeit Zugang zu diesen Daten haben, mittelfristig sollen auch andere Behörden, etwa für kommunale und zivilrechtliche Verfahren, darauf zugreifen können.

Es ist außerdem vorgesehen, dass beantragende Bürger den Ämtern die Benutzung ihrer Daten erlauben müssen, um Sozialleistungen erhalten zu können. Dazu müssen sie sich „elektronisch ausweisen“. ELENA wird also auch dazu benutzt, Chipkarten mit digitalen Signaturen bzw. den neuen elektronischen Personalausweis verpflichtend zu machen.

Dass Externe an dieser persönlichen Arbeitsgeschichte sehr interessiert sind, kann man sich leicht denken. Potentielle Arbeitgeber würden wahrscheinlich gerne wissen, wenn ein Arbeitnehmer öfters wegen einem pflegebedürftigen Verwandten fehlt, Krankenkassen und andere Versicherer dürften sich für durch Fehlzeiten dokumentierte Erkrankungen brennend interessieren. Dass Personendaten früher oder später ausspioniert, weitergegeben und missbraucht werden, bestätigt sich leider regelmäßig durch diverse Datenskandale.



CC-BY-NC-ND: Anna Lena Schiller

Zensus 2011 Ab 9. Mai 2011 werden wir durch eine Volkszählung in neuem Gewand erfasst

Die lebhaften Proteste vieler Bürger gegen die Volkszählung 1987 sind noch in guter Erinnerung. Um diesen Protest nicht erneut anzustacheln, wird in diesem Jahr dem Schein nach nur eine „kleine Volkszählung“ unter dem Namen Zensus 2011 durchgeführt.

Mehr als 80.000 Interviewer werden ab Mai rund 10 Prozent der Bundesbürger mit einem 8-seitigen Fragebogen besuchen und Antwort auf 46 Fragen erbitten oder besser gesagt fordern, denn wer nicht antwortet, wird mit einem saftigen Bußgeld bedroht.

Kritik an den Fragebögen

Bei einer verpflichtenden Stichprobenerhebung stellt sich die Frage, ob der gewaltige Aufwand überhaupt lohnt. Mancher ist jedenfalls der Ansicht, dass eine repräsentative Umfrage, wie sie sich bei der Wahlforschung bewährt hat, gleich gute oder bessere Ergebnisse erbringen und nur einen Bruchteil der nun anfallenden Kosten verursachen würde.

Der entscheidende Vorteil wäre jedoch, dass die Daten bei einer solchen Umfrage anonym erhoben würden, was beim Zensus nicht der Fall ist. Im Gegenteil: Alle gegenüber der Zensusbehörde getätigten Angaben dürfen während der Bearbeitungszeit bis zu vier Jahre lang ge-

speichert werden. Dies schätzen Datenschützer als sehr problematisch ein, denn damit entsteht, wenn auch vorerst nur zeitweilig, ein zentrales Personendatenregister, welches das Bundesverfassungsgericht doch ausdrücklich untersagt hatte.

Seltene Fragen werden gestellt

Etliche Fragen beim Zensus 2011 fordern weitere Kritik oder jedenfalls ausdrückliche Skepsis ob der beabsichtigten Zielrichtung der Frage heraus. So wird in Frage 8 das Bekenntnis zu einer Religion abgefragt und bei der Antwortoption „Islam“ detailliert zwischen sunnitisch, schiitisch und alevitisch unterschieden, während andere Glaubensgemeinschaften mit erheblichen Mitgliederzahlen nur unter „Sontige“ subsummiert werden.

Weitere Kritik fordern die Fragen nach dem Migrationshintergrund und nach dem Engagement bei der Arbeitssuche heraus.

Religionszugehörigkeit Jedi-Ritter?

Wie unzuverlässig Volkszählungen sein können, wird am Beispiel der Jedi-Ritter deutlich, die rein fiktive Figuren aus den Star-Wars-Filmen von George Lucas sind, gleichwohl aber in

der realen Welt eine bizarre Rolle spielen: Vor allem in den englischsprachigen Ländern kam es in den letzten zehn Jahren regelmäßig zu dem Phänomen, dass bei Volkszählungen viele Befragte als Religion „Jedi“ angaben, entweder um die Fragwürdigkeit derartiger Zählungen zu belegen oder um sich schlicht und einfach einen Scherz mit den Behörden zu erlauben. So bekannten in England und Wales nahezu 400.000 Menschen, dass sie „Jedi-Ritter“ seien und damit angeblich einer Religion angehören, die es doch eigentlich gar nicht gibt. In Kanada, Australien und Neuseeland zeigten viele Bürger bei Volkszählungen ähnlichen Sinn für britischen Humor. Diese Provokation der Behörden beschäftigte zahlreiche Politiker, Beamte und Wissenschaftler und verstärkte bei manchem die Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Volkszählungen überhaupt.

Kosten: 710 Millionen Euro

Der Aufwand für diese seltsame, aus datenschutzrechtlicher Sicht stark anzugreifende Datenerhebung von zweifelhaftem Wert wird nach Auskunft der Statistischen Ämter 710 Millionen Euro betragen. Dazu kommen dann noch erhebliche Auswertungskosten. Lohnt sich das wirklich?



Warum wird WikiLeaks angegriffen?

Presse- und Informationsfreiheit Grundlagen für die Demokratie, nicht erst seit heute...

Immer wenn eine neue Idee entsteht, die den Status quo bedroht, ruft diese bei den Machthabern eine starke Reaktion gegen die Idee hervor. Dies war auch so im Umfeld eines Ereignisses, auf das die Pfälzer zu Recht stolz sind: Das Hambacher Fest.

Nachdem Napoleon 1815 endgültig gescheitert war, wurde die Pfalz, die seit 1793 von Frankreich annektiert war, unter die Verwaltung des Königreichs Bayern gestellt. Bayern musste allerdings die Einhaltung der Pfälzer Verfassung mit den von der Französischen Revolution inspirierten Rechten und Freiheiten garantieren.

1830 löste die Julirevolution in Paris auch in der Pfalz Unruhen aus, die die Bayern durch Einschränkungen der Bürgerrechte zu unterdrücken versuchten. Die Verfassung ignorierend wurden politische Veranstaltungen verboten und Zensur eingeführt.

Daher wurde am 29. Januar 1832 im pfälzischen Zweibrücken der „Deutsche Preß- und Vaterlandsverein“ mit dem Ziel gegründet, durch unabhängige Journalisten und Pressefreiheit die nationale Einheit Deutschlands in einem freiheitlichen Europa zu erreichen.

Der Verein formulierte also Ziele, die den Interessen der Herrschenden zuwider liefen. Einerseits konnte ein vereintes Deutschland den Fürsten nicht gefallen, die damit Macht eingebüßt hätten. Andererseits musste diesen die liberale und freiheitliche Pfälzer Verfassung ein Dorn im autoritären Auge sein.

Ein halbes Jahr nach der Vereinsgründung fand das Hambacher Fest statt. Dies war ein europäisches Ereignis und gilt heute als der Höhepunkt des Vormärzes. Getarnt als Volksfest

unterliefen die Veranstalter die verfassungswidrige Rechtslage und riefen in ihren Reden zum Widerstand gegen die Repression auf.

Zwar wurden die Wortführer des „Deutschen Preß- und Vaterlandsvereins“ danach verhaftet und eingesperrt. Dies konnte aber letztlich die Deutschen Revolutionen 1848/49 nicht verhindern. So finden sich die in der Paulskirchenverfassung 1849 zum ersten Mal für Gesamtdeutschland formulierten Bürgerrechte im Kern unverändert auch in der Weimarer Verfassung und im Grundgesetz wieder.

In ähnlicher Weise brachten die Versuche WikiLeaks abzuschalten bisher nur eine gewaltige Solidarisierung hervor und jeder Versuch, die Inhalte von WikiLeaks aus dem Internet zu entfernen, wurden durch über 1000 Spiegelungen zunichte gemacht. Die persönlichen Angriffe auf Julian Assange und seine Mitarbeiter könnten höchstens dazu führen, dass WikiLeaks seinen Dienst, das anonyme Whistleblowing zu unterstützen, einstellt. Aber die gerade gestarteten Projekte, wie OpenLeaks und WAZ Recherche zeigen, dass die Zeit der Idee von Whistleblowing und Plattformen zur Unterstützung von Informanten gekommen ist.

WikiLeaks ist dabei nur der Anfang. Und Druck auf solche

Systeme wird nur dazu führen, dass diese stetig verbessert und weitere Nutzerkreise finden werden. Der aussichtslose Wettlauf zwischen Herstellern, die immer neue Kopierschutzsysteme entwickeln und kreativen Filesharern hat dies bereits gezeigt. Die Machthaber dieser Welt werden sich aber darauf einstellen müssen, dass sie ihre politischen Spielchen nicht mehr im Dunkeln machen können, sondern das Flutlicht der Whistleblower auch den letzten Winkel ausleuchten wird.



Whistleblowing Piratenparteien weltweit unterstützen WikiLeaks

Spätestens seit der Verhaftung von Julian Assange, dem prominentesten Sprecher von WikiLeaks, und der Offensive einiger ehemaliger Vertragspartner gegen WikiLeaks hat es die Whistleblowing-Plattform in die Offline-Medien und damit die breite Öffentlichkeit geschafft. Viele Piratenparteien weltweit unterstützen WikiLeaks mit „Spiegelungen“, also Kopien der Daten, auf ihren Web-Servern. Die Piraten sehen in der Verfolgung von WikiLeaks eine klare Bedrohung der Informationsfreiheit im Internet, aber auch darüber hinaus, indem eine zentrale Plattform für das Whistleblowing quasi zum Abschluss freigegeben wird.

Whistleblowing meint den ethisch begründe-

ten Geheimnisverrat eines Insiders. Der Whistleblower gibt der Öffentlichkeit Hinweise zu internen Vorgängen oder Tatsachen, die er für höchst kritikwürdig hält und die allgemein bekannt sein sollten. Als „Frühwarnsystem“ können Whistleblower in Unternehmen und staatlichen Institutionen helfen, Fehlentwicklungen wie Korruption, aber auch andere „schmutzige“ Geschäftspraktiken, bekannt zu machen und das gerechtfertigte Interesse der Allgemeinheit zu schützen. Da ein solcher „Geheimnisverrat“ aber unter keinem rechtlichen Schutz steht, im Gegenteil Kündigung und sogar Strafverfolgung nach sich ziehen kann, sind Whistleblower auf besondere Wege angewiesen. Zum

Einen können sie versuchen, Journalisten auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Zum Anderen, und das ist die Methode, die gerade für Furore sorgt, können sie eine Online-Plattform nutzen, die Daten anonym überträgt.

WikiLeaks wurde weltweit bekannt, als es im April 2010 das sogenannte „CollateralMurder“-Video öffentlich machte, und der Welt damit den schmutzigen Krieg im Irak vor Augen führte. Wie ernst die Regierungen den „Verrat“ der militärischen Geheimnisse nehmen, wird an der Anklage von Bradley Manning, dem Soldaten, der mutmaßlich das Video weitergegeben hat, sichtbar: Ihm drohen 52 Jahre Haft.

Demokratie in Gefahr

Hambacher Fest 2.0 Demo für Freiheit und Demokratie am 19. März 2011



Für **mehr Freiheit und Demokratie** ruft die Piratenpartei Rheinland-Pfalz am **19.03.11** zur Demo aufs Hambacher Schloss auf. Eine Woche vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden wir auf der historischen Route zum Hambacher Schloss laufen, um gegen den weltweiten Abbau demokratischer Rechte ein Zeichen zu setzen.

Das Hambacher Fest von 1832 gilt als Wiege der Demokratie in Deutschland. Bereits damals begehrten die Menschen auf gegen Unterdrückung und Zensur und forderten ihr Recht auf Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit.

Volkssouveränität und Bürgerrechte sind auch heute wieder in Gefahr eingeschränkt zu werden. Nicht nur in Deutschland versucht die Regierung ihre Macht durch neue Sicherheitsgesetze und dem Einsatz von Polizei und Militär zu erhalten und Projekte wie Stuttgart 21 oder Gorleben zeigen, dass ihr eine aktive Mitwirkung der Bevölkerung ein Dorn im Auge ist. Die Proteste in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen arabischen Ländern zeigen, dass der Wunsch der Menschen nach Demokratie Vorrang haben sollte gegenüber dem Machtstreben einer Minderheit. Heute wie damals reagiert die Obrigkeit mit vermehrter Repression auf Proteste und verfolgt Oppositionelle, um sie mundtot zu machen.

Lasst uns gemeinsam zeigen, dass wir uns für Freiheit und Demokratie einsetzen und schließt euch dem Marsch an!

Das Treffen zur Demonstration aufs Schloss ist um 15 Uhr in Hambach an der Weinstraße auf dem Parkplatz oberhalb des Freibads. Die Kundgebung findet gegen 17 Uhr auf dem Parkplatz am Hambacher Schloss statt. Zur Abendveranstaltung im Brauhaus in Neustadt wird gebeten, sich mit einer kurzen Mail an Anmeldung@Hambacherfest.net anzumelden.

Nähere Informationen gibt's auch unter:

<http://hambacherfest.net/>



Verschärfung des POG Piratenpartei kritisiert ausufernde Überwachungsbefugnisse



CC-BY-SA: Tobias M. Eckrich

Die Piratenpartei warnt vor ausufernden Polizeibefugnissen, die sich aus der Novelle des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) ergeben, die am 26.01.2011 im Landtag mit den Stimmen der SPD, CDU und FDP beschlossen wurde. Dazu erklärt Angelo Veltens, Spitzenkandidat der Piratenpartei zur Landtagswahl:

„Im Namen einer vermeintlichen Gefahrenabwehr werden erneut klammheimlich Befugnisse der Polizei ausgeweitet und dabei die Bürgerrechte massiv eingeschränkt. Polizeibeamte dürfen zukünftig heimlich und unkontrolliert Computer und Festplatten ausspionieren. Dies ist unserer Demokratie absolut unwürdig. Dass

diese Maßnahmen selbst dann durchgeführt werden dürfen, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind, setzt dem Ganzen die Krone auf. Vor allem die ehemalige Bürgerrechtspartei FDP hat einmal mehr bewiesen, wie unglaublich sie geworden ist und warum sie im rheinland-pfälzischen Landtag einfach keinen Platz mehr hat. Die Bürger werden das bei der Landtagswahl im März nicht vergessen.“

Die Piratenpartei fordert den sofortigen Stopp der POG-Novelle. Weder heimliche Online-Durchsuchung noch Rasterfahndung noch absichtliche Mobilfunkstörung und schon gar nicht das heimliche Abhören von verschlüsselter Internet-Telefonie durch Infiltrieren und Manipulieren von Rechnern haben Platz in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. CDU, SPD und FDP müssen sich endlich auf die Grund- und Menschenrechte zurück besinnen und vom Irrweg des Überwachungsstaates abkehren, bevor es zu spät ist. Die Piraten werden die neuen Befugnisse in den nächsten Wochen evaluieren und prüfen, ob eine Verfassungsklage möglich ist.

Basisdemokratie 2.0

Repräsentative oder direkte Demokratie?

Weder noch, sondern interaktive Demokratie

In einer repräsentativen Demokratie – wie wir sie haben – folgen die Abgeordneten bei einer Abstimmung zu einem neuen Gesetz meist dem Willen ihrer Parteispitze, da sie den Willen ihrer Wähler nicht kennen, gar nicht kennen können. Dieses Problem tritt immer dann auf, wenn Wähler ihre Stimme an Repräsentanten – also die Abgeordneten – „abgeben“ müssen.

Direkte Demokratie

Das Gegenmodell der direkten Demokratie ist mehr als 2000 Jahre alt und stammt aus dem antiken Athen, der Geburtsstätte der Demokratie. In Deutschland sind direktdemokratische Prinzipien durch Volksentscheide oder Bürgerbegehren nur sehr begrenzt möglich. Unser politisches System leistet sich zwar einige magere Elemente direkter Demokratie als Dekoration, doch wichtiger ist den Politikern und Parteien ihr Einfluss. Würde man allerdings in Deutschland mit seinen Tausenden von Gesetzen, Verordnungen, Bestimmungen und Richtlinien eine konsequente direkte Demokratie einführen, wären die Bürger schnell überfordert. Jeder müsste täglich Entscheidungen treffen und das zu Themen, zu denen er nicht ausreichend informiert ist.

Der Ausweg aus diesem Dilemma liegt in der Interaktiven Demokratie (Liquid Democracy, manchmal auch „Flüssige Demokratie“ oder „Fließende Demokratie“ genannt), bei der Übergänge zwischen repräsentativer und direkter Demokratie bestehen. Die Nachteile der beiden Prinzipien können gemildert, die Vorteile gebündelt werden. Dabei nutzen die Wählerinnen und Wähler ein elektronisches System. Jeder kann bei einer Entscheidung selbst bestimmen,

ob er sich wie in einer repräsentativen Demokratie verhalten will, also seinen Abgeordneten vertraut, oder ob er mit seiner Stimme direkt in den Meinungsbildungsprozess eingreifen will.

Da man nicht über alle Sachthemen umfassend informiert sein kann, kann man seine Stimme einer anderen Person übertragen, der man Kompetenz zutraut. Man kann sich vorstellen, dass die Bevölkerung einer Stadt oder eines Landes auf diese Art eine viel größere Verantwortung erhält als bisher. Die Regierung führt ihre Politik gleichsam unter Vorbehalt aus, die Entscheidungen können per Bürgervotum revidiert werden. Unter dem Strich wird mit diesen Mitteln Politik sachorientierter, schneller und flexibler.

Interaktive Demokratie

Interaktive Demokratie liefert Lösungsansätze für eine bessere Teilhabe der Bürger und weist damit eine große Übereinstimmung mit den Zielen der Piratenpartei auf. Um hier Erfahrungen zu sammeln, wurde eine Software entwickelt, die den Namen LiquidFeedback trägt und in Landesverbänden und im Bundesverband der Piratenpartei erprobt wird. Vorrangiges Ziel ist dabei, trotz stark steigender Mitgliederzahlen die basisdemokratische Ausrichtung zu garantieren.

Einmalig in der deutschen Parteienlandschaft ist es, dass der Parteivorsitzende und ein einfaches Parteimitglied die gleichen Rechte bei der demokratischen Mitwirkung haben. Jeder darf einen Vorschlag einbringen, Unterstützer dafür sammeln, Anregungen geben, bei Bedarf einen Gegenvorschlag einbringen und an der abschließenden Abstimmung teilnehmen.

Mach mit! Werde Junger Pirat!

Politik fängt nicht erst mit 18 an. Daher gibt es für Junge und Junggebliebene die Jungen Piraten (Jupis). Diese sind die Jugendorganisation der Piratenpartei und bieten jungen Menschen die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren und sich ohne Mitgliedschaft in einer Partei politisch zu engagieren und weiterzubilden.

Kinder und Jugendliche sollen bei den Jungen Piraten selbstbewusste und kritische Persönlichkeiten entfalten und lernen, ihre Rechte wahrzunehmen und zu formulieren. Die Jungen Piraten vertreten zudem die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Piratenpartei Deutschland – so können Jugendliche schon früh Einfluss auf das politische Geschehen nehmen.

Die Jungen Piraten geben Jugendlichen die Möglichkeit, sich aktiv für Meinungsfreiheit und Datenschutz in ihrem Umfeld, zum Beispiel an Schulen, einzusetzen. Außerdem steht die kritische Auseinandersetzung mit der täglich fortschreitenden Technisierung des Alltags und den damit verbundenen Gefahren sowie das Vermitteln von Medienkompetenz auf der Agenda der Jungen Piraten.

Ihr wollt mehr wissen? Informiert euch auf www.junge-piraten.de.



KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!



Lern uns kennen!

Organisation Finde heraus, wo sich die Piraten in Rheinland-Pfalz treffen und komm uns besuchen!

Neben der zentralen Homepage der Piratenpartei Deutschland (www.piratenpartei.de) stellt das Piratenwiki (wiki.piratenpartei.de) sozusagen das kollektive Gedächtnis der Piratenpartei dar. Wie in der Partei generell verzichten wir, wo es geht, auf Hierarchien und Beschränkungen. Alles soll für alle offen einsehbar und nachvollziehbar sein. Jeder soll mitmachen und mitentscheiden, mitschreiben und mitentwickeln dürfen.

Im Übrigen: Um bei uns mitzuarbeiten und Anregungen einzubringen, muss man kein Pirat sein. Und erst Recht kein Nerd, das sind wir zu einem großen Teil nämlich – entgegen unserem Image – auch nicht. Trau Dich einfach!

Selbstverständlich freuen wir uns über jedes neue Mitglied, sei es bei den Piraten und/oder den Jungen Piraten! Teile mit uns Deine Meinung, Dein Wissen, Dein Engagement – es wird sich für Dich und Uns vervielfachen! Und wenn Du unseren Einsatz für den Schutz der Bürgerrechte, mehr Demokratie und gegen die Überwachung der Zivilgesellschaft finanziell unterstützen willst, freuen wir uns natürlich über Spenden – besonders jetzt im Wahlkampf.

Regelmäßige Treffen und Stammtischtermine

- **Bad Kreuznach:** Donnerstags ab 19:00 Uhr im Netzwerk am Turm oder Stammtisch im Dudelsack
- **Kaiserslautern:** Alte Münz, Mühlstraße 4
- **Koblenz:** am ersten Montag im Monat ab 20:00 Uhr in der „Kleinen Freiheit“, Altenhof 6, bzw. am dritten Montag im Monat ab 19:00 Uhr Stammtisch an wechselnden Orten
- **Kusel:** Bistro am Markt, Marktplatz 6
- **Landau:** jeden 2. Mittwoch um 19 Uhr im „Kühlen Krug“ in Landau
- **Ludwigshafen:** alle 2 Wochen Mittwochs um 19.00 Uhr in Müllers Wirtshaus, Brunhildenstraße 5
- **Mainz:** Montags ab 18:30 Uhr in jeder geraden Kalenderwoche in Mainz im Quartier Mayence (Altstadt)
- **Trier:** an jedem 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr
- **Winnweiler:** Bistro Max, Schloßstraße 35

Weitere Termine der Regionalgruppen und Kreisverbände finden sich im Wiki unter wiki.piratenpartei.de/RP und auf der Portalseite www.piraten-rlp.de

Derzeit gibt es 6 Kreisverbände in Rheinland-Pfalz:

- Kreisverband Bad Kreuznach
- Kreisverband Landau/Südliche Weinstraße (Landau, Germersheim)
- Kreisverband Mittelhaardt (Bad Dürkheim, Neustadt)
- Kreisverband Rheinhessen (Mainz, Bingen, Ingelheim, Worms)
- Kreisverband Rhein-Pfalz (Ludwigshafen, Frankenthal, Rhein-Pfalz-Kreis)
- Kreisverband Trier-Saarburg (Trier, Daun)

Das übrige Gebiet wird von (inoffiziellen) Regionalgruppen betreut:

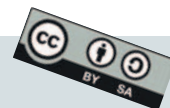
- Region Koblenz
- Region Westerwald (Montabaur, Hachenburg)
- Region Westpfalz (Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Kusel, Grünstadt, Zweibrücken)

www.piratenpartei-rlp.de

Wir freuen sich über jede Hilfe!
Piratenpartei LV Rheinland-Pfalz
Konto: 155 648
BLZ: 570 50 120
Sparkasse Koblenz
Verwendungszweck:
Landtags-Wahl 2011

Wer Namen und Anschrift angibt,
erhält auch eine Spendenbescheinigung.

Impressum



Kaperbrief
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz
Postfach 20 12 51
56012 Koblenz

Internet:
<http://www.piratenpartei-rlp.de>
kontakt@piraten-rlp.de

Redaktion:
Stefan Gerecke, Dietmar Strauch
(V.i.S.d.P.), Kathi Woitas, Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung-Weitergabe“ unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abweichend lizenzierte Inhalte sind entsprechend gekennzeichnet. Die abgebildeten Wahlplakate stehen nicht unter einer Creative-Commons-Lizenz.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.